

DOI: 10.5771/0342-300X-2021-6-463

WSI-Verteilungsbericht 2021: Die Einkommenssituation und Abstiegsängste der Mittelschicht

Die Einkommensungleichheit ist in den letzten Jahren leicht zurückgegangen, nicht zuletzt weil vor allem die mittleren Einkommen seit 2014 stetig gestiegen sind. Was bedeutet das für die sogenannte Mittelschicht und deren Abstiegsängste, die in den letzten Jahrzehnten vielfach thematisiert worden sind? Der diesjährige WSI-Verteilungsbericht zeigt, dass die positive konjunkturelle Entwicklung im letzten Jahrzehnt auch zu einer Verringerung der ökonomischen Zukunftssorgen dieser Gruppe geführt hat. Deren ökonomische Stabilisierung und die damit verknüpfte Abnahme finanzieller und beruflicher Sorgen könnte aber durch die Covid-19-Krise gestoppt werden, weswegen es jetzt politischer Maßnahmen bedarf, die vor allem die stark von der Krise betroffenen Gruppen im Blick haben.¹

ALINE ZUCCO, ANIL ÖZERDOGAN

1 Einleitung

Die Frage der sozialen Ungleichheit wird im politischen Diskurs sowie in der Fachliteratur anhand diverser Kriterien diskutiert. Dabei geht es zum Beispiel um Fragen der Vermögenskonzentration und der sozialen Mobilität, den Zugang zu Bildung und nicht zuletzt natürlich auch um die Einkommensverteilung. Insbesondere Letztere spielt für Ungleichheitsdiskurse eine zentrale Rolle, denn die Höhe des Einkommens hängt wesentlich von Bildung und sozialer Mobilität ab und beeinflusst zugleich, ob und gegebenenfalls wie viel Vermögen über den Lebenslauf hinweg akkumuliert werden kann. Debatten zur Einkommensungleichheit fokussieren häufig auf die gegensätzlichen Ränder der Einkommensverteilung: Wer ist von Armut betroffen und wer von Reichtum? Seltener hingegen wird in diesem Kontext von jenen gesprochen, die weder arm noch reich sind, aber dennoch den überwiegenden Teil der Gesellschaft ausmachen – nämlich Personen in der Mitte der Einkommensverteilung, also die sogenannte Mittelschicht.

Was genau aber ist „die“ Mittelschicht? In der Literatur wird der Begriff sehr uneinheitlich verwendet. Ein aktueller Forschungsbericht von Groh-Samberg et al. (2020) misst die soziale Lage als ein Konstrukt aus Einkommen, Vermögen, Wohnen und Erwerbstätigkeit. Dieser Ver-

teilungsbericht hingegen orientiert sich an der ökonomischen Konvention, die Mittelschicht am Medianeinkommen festzumachen. Demnach entspricht die Mittelschicht – gemäß der Definition des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) (Goebel et al. 2010) – allen Personen, deren Nettohaushaltsäquivalenzeinkommen zwischen 70 % und 150 % des Medianeinkommens liegt.

Neben der Frage, wer zur Mittelschicht zählt, sind im gesellschaftlichen Diskurs vor allem die Ängste und Sorgen der Mittelschicht von großer Bedeutung. In der Literatur wird dabei immer wieder die Abstiegsangst als die zentrale Sorge der Mittelschicht thematisiert (z.B. Schönenbeck et al. 2011; Lengfeld/Hirschle 2009; Lengfeld/Ordemann 2017; Niehues 2018). Nicht zuletzt durch das Erstarren rechtspopulistischer Parteien, das eng mit steigenden Abstiegsängsten verbunden ist (Kohlrausch 2018), gewinnt das Thema auch aus demokratietheoretischer Sicht immer mehr an Brisanz. Abstiegsängste beschreiben die Angst vor sozialer Abwärtsmobilität (ebd.). Wenn, wie in der Literatur häufig vermutet, die Sorge vor dem sozialen Abstieg in erster Linie an die Angst vor Jobverlust gekoppelt ist, dann sollte die Abstiegsangst stark mit der ökonomischen Entwicklung korrelieren. Da sich der deutsche

1 Eine ausführliche Version des Verteilungsberichts ist als WSI-Report publiziert (Zucco/Özerdogan 2021).

Arbeitsmarkt in den Jahren vor der Covid-19-Krise deutlich erholt hatte und die Arbeitslosenzahlen auf einem Rekordtief waren, stellt sich die Frage, wie sich die Angst vor dem sozialen Abstieg, insbesondere aufgrund eines potenziellen Arbeitsplatzverlustes, im letzten Jahrzehnt entwickelt hat. Ist die Angst vor dem Jobverlust nach wie vor die große Sorge der Mittelschicht oder bedrücken sie mittlerweile andere, längerfristige Zukunftsängste? Diese Frage soll in diesem Bericht auf Basis der Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) für die Jahre 2010 bis 2019 beantwortet werden. Es wäre wünschenswert gewesen, in diesem Bericht die Lage während der Covid-19-Krise miteinzubeziehen, doch leider liegen die SOEP-Daten für diesen Zeitraum momentan noch nicht vor. Daher geht dieser Verteilungsbericht bei der Betrachtung der Lage der Mittelschicht auf Basis des SOEP ausschließlich auf die Zeit vor der Krise ein. Für die Zeit nach der Covid-19-Krise wird auf den kleineren, aber deutlich aktuelleren Datensatz der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) zurückgegriffen.

Der Bericht ist wie folgt gegliedert: Abschnitt 2 beschreibt die Datengrundlage und Definitionen. Im Anschluss widmet sich Abschnitt 3 der Mittelschicht, wobei die Frage geklärt werden soll, wer (laut den aktuellsten Daten von 2019, siehe dazu 2.1) 2010 und 2018 zur Mittelschicht zählte und wie sich Sorgen und Ängste in dieser Zeit entwickelt haben (3.1). Um potenzielle Effekte der Covid-19-Krise auf die Mittelschicht, aber auch auf den oberen und unteren Rand der Einkommensverteilung zu erfassen, werden in Abschnitt 3.2 die aktuellen Daten der HBS-Erwerbspersonenbefragung ausgewertet. Abschließend werden die Ergebnisse in Abschnitt 4 zusammengefasst und es wird diskutiert, mit welchen politischen Maßnahmen die Einkommensungleichheit und die Abstiegsangst langfristig abgebaut werden können.

2 Daten und Methode

2.1 Daten

Für die in diesem Bericht durchgeföhrten Berechnungen wird auf das Sozio-ökonomische Panel und die Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung zurückgegriffen. Letztere wurde während der noch anhaltenden Covid-19-Krise durchgeführt.

Das SOEP ist eine repräsentative Haushaltsbefragung des DIW, die seit 1984 regelmäßig einmal im Jahr durchgeführt wird. Dazu werden in Deutschland jährlich ca. 30 000 Personen in 15 000 Haushalten zu ihrer aktuellen Lebenslage befragt (DIW 2021). Anzumerken ist allerdings, dass die Wahrscheinlichkeit, an der Umfrage teilzunehmen, vom Einkommen bzw. Vermögen abhängt. Haushalte mit einem mittleren Einkommen sind bereit-

williger, an Umfragen wie dem SOEP teilzunehmen, als Personen mit hohem Einkommen oder Vermögen (Unger et al. 2013), weshalb auch von einem „Mittelschichtbias“ (ebd., S. 56) die Rede ist. Ähnlich verhält es sich mit Personen am unteren Ende der Einkommens- bzw. Vermögensverteilung, weswegen die Einkommensungleichheit auf Basis des SOEP eher unterschätzt wird. Da die Einkommen im SOEP retrospektiv abgefragt werden und sich die aktuelle Befragungswelle auf das Jahr 2019 bezieht, liegen die Informationen zum Einkommen lediglich bis einschließlich 2018 vor.

Zur Analyse der Covid-19-Krise, die Anfang 2020 weltweit ihren Lauf nahm, wird deshalb auf die HBS-Erwerbspersonenbefragung zurückgegriffen. Diese beinhaltet zum jetzigen Zeitpunkt fünf Befragungswellen und erfasst die Haushalts- und Erwerbs situation von ungefähr 7700 Erwerbspersonen ab 16 Jahren. An der fünften und letzten Befragung, die vom 29.06.2021 bis zum 13.07.2021 durchgeführt wurde, nahmen rund 5000 Personen erneut teil. Die Stichprobe ist zwar im Hinblick auf die Merkmale Alter, Bildung, Geschlecht und Bundesland repräsentativ (WSI-Datenzentrum 2021; Emmler 2021), doch gelten auch hier dieselben Einschränkungen wie beim SOEP: Die Ränder der Haushaltseinkommen und Erwerbssituationen sind ggf. untererfasst. Aufgrund der mehrfachen und zeitlich versetzten Erhebungswellen im Verlauf der Covid-19-Pandemie ist es möglich, ein ganzheitliches Bild über den Effekt der Covid-19-Krise zu erlangen. Dadurch lässt sich gut beobachten, wie die Erwerbs situation der Befragten im Laufe der Pandemie beeinflusst wurde und welche Personengruppen stärker betroffen waren.

2.2 Definitionen

Der von uns verwendete *Einkommensbegriff* entspricht dem realen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen. Hierfür wird sowohl im SOEP als auch in der HBS-Erwerbspersonenbefragung so gewichtet, dass der Haushalt vorstand das Gewicht von 1 und jedes weitere Mitglied ab 14 Jahren das Gewicht von 0,5 erhält. Haushaltmitgliedern unter 14 Jahren wird ein Gewicht von 0,3 zugeordnet.

Die Einteilung in die jeweilige soziale Schicht basiert auf dem Medianeinkommen. Demnach zählen alle Personen zur *Mittelschicht*, deren Einkommen zwischen 70 % und 150 % des Medianeinkommens liegt. Alle Haushalte, deren Einkommen unter 70 % des Medianeinkommens liegen, werden den einkommensschwachen, und alle, deren Einkommen höher als 150 % des Medianeinkommens ist, den einkommensstarken Haushalten zugeordnet.

Abstiegsängste werden in diesem Beitrag in zwei Dimensionen gemessen: Erstens die Angst vor Jobverlust als unmittelbare Abstiegsangst. Als zweite Dimension wird auf eine mittelfristige und eine längerfristige Abstiegsangst Bezug genommen, die als Sorge um die zukünftige eigene finanzielle Situation sowie die Sorge um die eigene Altersvorsorge operationalisiert wird.

3 Die Mittelschicht und ihre Sorgen zwischen 2010 und 2019

3.1 Sozialprofil der Mittelschicht

Untersuchungen der letzten Jahre zeigen, dass mit Blick auf die mittleren Einkommen die Einkommensungleichheit seit 2014 leicht rückläufig ist. Grund dafür ist, dass die verfügbaren Einkommen der Einkommensmittelschicht gestiegen sind (z. B. Kohlrausch et al. 2020; Grabka 2021). Unklar ist allerdings, ob tatsächlich die Einkommen *derselben* Gruppe gestiegen sind oder ob sich die Gruppenzusammensetzung verändert hat, also ob 2018 andere Personen der Mittelschicht angehörten als 2010.

Eine Möglichkeit zu prüfen, ob es zwischen 2010 und 2018 Veränderungen gab, ist es, die Einkommenssituation der Personen, die heute der Mittelschicht angehören, mit ihrer Einkommenssituation von 2010 zu vergleichen. Dabei zeigt Abbildung 1, dass die Mehrheit (75 %) der Personen, die 2010 der Mittelschicht angehörten, auch 2018 noch Teil der Mittelschicht waren. Auch die Auf- und Abstiege aus der Mittelschicht sind gleich verteilt: Jeweils ein Achtel der Personen, die 2010 noch Teil der Mittelschicht waren, gehören 2018 den einkommensschwachen bzw. den einkommensstarken Haushalten an. Bemerkenswert ist außerdem, dass 41,5 % der Personen, die 2010 noch den einkommensschwachen Haushalten zugerechnet wurden, 2018 der Mittelschicht angehören. Im Vergleich dazu hat nur ein gutes Drittel der Haushalte zwischen 2010 und 2018 einen Abstieg aus den einkommensstarken Haushalten in die Mittelschicht erfahren.

Um bestimmen zu können, inwieweit diese Verschiebungen auf eine veränderte Gruppenkomposition zurückzuführen sind, ist es sinnvoll, das jeweilige Sozialprofil der Mittelschicht 2010 und 2018 miteinander zu vergleichen.

Seit 2010 lässt sich zum Teil Bewegung hinsichtlich der Komposition der Mittelschicht beobachten. So nimmt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in der Mittelschicht ab – und das, obwohl gesamtgesellschaftlich der Anteil der Personen mit Migrationsbiografie gestiegen ist. So waren 2010 Personen mit direkter Migrationsgeschichte (1. Generation) in der Mittelschicht überproportional vertreten. 2018 hingegen hatten 15 % der Haushaltvorstände in Deutschland einen direkten Migrationshintergrund, in der Mittelschicht allerdings waren es nur 10 %. Interessant ist aber auch die Veränderung hinsichtlich der Qualifikation: So ist der Anteil der Personen mit Fachhochschulreife / Abitur im Jahr 2018 im Vergleich zum Beginn des Jahrzehnts um sechs Prozentpunkte auf 31 % gestiegen, während zeitgleich der Anteil der Personen mit Hauptschulabschluss um acht Prozentpunkte auf 34 % gesunken ist. Parallel ist auch der Anteil an Akademiker*innen in der Mittelschicht von 19 % im Jahr 2010 auf 23 % im Jahr 2018 gestiegen. Dies ist aber weniger einer Verdrängung von Nicht-Akademiker*innen aus der Mit-

ABBILDUNG 1

Veränderung in der Mittelschichtzugehörigkeit zwischen 2010 und 2018

Anteile in Prozent

Schichtzugehörigkeit 2018: ■ Einkommensschwache Haushalte

■ Mittelschicht

■ Einkommensstarke Haushalte

Schichtzugehörigkeit 2010



Anmerkung: Einkommensschwache Haushalte: < 70 % des Medianeinkommens;

Mittelschicht: 70 % bis 150 % des Medianeinkommens;

Einkommensstarke Haushalte: > 150 % des Medianeinkommens

Quelle: SOEP v36, gewichtete Werte

WSI Mitteilungen

telschicht geschuldet als vielmehr der Bildungsexpansion. Denn auch in der Gesamtbevölkerung ist der Anteil der Personen mit (Fach-)Abitur bzw. mit Studium in diesem Zeitraum um sechs bzw. vier Prozentpunkte gestiegen. Nicht überraschend ist daher auch der starke Anstieg um zehn Prozentpunkte an Angestellten mit höheren Tätigkeiten in der Mittelschicht im Verlauf des letzten Jahrzehnts zulasten der Arbeiter*innen, deren Anteil sich in diesem Zeitraum um acht Prozentpunkte reduzierte. In der Mittelschicht überproportional gestiegen ist der Anteil an Angestellten mit komplexeren Tätigkeiten.

Bei genauerem Hinsehen deutet sich an, dass sich die Mittelschicht im Verlauf des letzten Jahrzehnts vor allem hinsichtlich ihres Qualifikationsniveaus verändert hat. Denn 2018 waren deutlich mehr Personen mit Abitur, mit einem Universitätsabschluss und mehr Angestellte mit höheren Tätigkeiten Teil der Mittelschicht. Vor diesem Hintergrund ist es lohnenswert, sich die Verteilung von Auf- und Absteigern aus der Mittelschicht nach dem Bildungsabschluss anzusehen. Dabei verdeutlicht sich das Bild: Unter den Personen, deren Schulabschluss höchstens ein Hauptschulabschluss ist, sind 16 % seit 2010 aus der Mittelschicht zu den einkommensschwachen Haushalten abgestiegen und 6 % zu den einkommensstarken Haushalten aufgestiegen. Im Vergleich: Von den Personen mit (Fach-)Hochschulreife haben lediglich 9 %, die 2010 der Mittelschicht angehörten, 2018 ein Einkommen, das höchstens 70 % des Medianeinkommen entspricht, womit nunmehr auch sie zu den einkommensschwachen Haushalten zählen. Umgekehrt aber sind 21 % der Personen mit (Fach-)Hochschulreife 2018 Teil der einkommensstarken Haushalte.

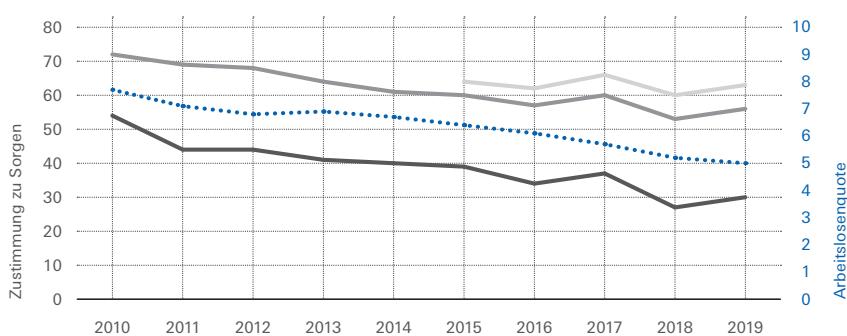
Angesichts der Tatsache, dass statistisch gesehen nur ein kleiner Teil der Mittelschicht zwischen 2010 und 2018 tatsächlich einen sozialen Abstieg erlebt hat, stellt sich die Frage, ob die Abstiegsangst tatsächlich noch die große

ABBILDUNG 2

Sorgen der Mittelschicht im Zeitverlauf

Angaben in Prozent

— Sorge um Jobverlust — Sorge um die eigene finanzielle Situation
 Arbeitslosenquote — Sorge um die eigene Altersvorsorge



Anmerkung: Sample enthält alle Haushalte, deren Haushaltseinkommen im Vorjahr zwischen 70 % und 150 % des Medianeinkommens betragen; Statistisches Bundesamt (2021)

Quelle: SOEP v36, eigene Berechnung

WSI Mitteilungen

Sorge der Mittelschicht ist oder ob es diesbezüglich Gruppenunterschiede gibt. Diesen Fragen soll im nächsten Abschnitt nachgegangen werden.

3.2 Sorgen und Ängste der Mittelschicht

Die Abstiegsangst der Mittelschicht lässt sich mittels einiger Indikatoren messen. Die wohl gängigste Methode, die Abstiegsangst zu erfassen, ist die Angst vor Jobverlust (z. B. Lengfeld 2019). Die Sorge um den Verlust des Arbeitsplatzes ist somit eine unmittelbare, auf die nahe Zukunft gerichtete Angst. Allerdings weist Kohlrausch (2018) darauf hin, dass es zu einer Entkopplung von finanziellen Sorgen und der Sorge vor einem Jobverlust gekommen ist, weswegen es sinnvoll ist, zusätzlich die Sorge um die eigene finanzielle Situation und Altersvorsorge als langfristige Abstiegsangst miteinzubeziehen. Wie Abbildung 2 zeigt, nehmen all diese Indikatoren für die Abstiegsangst seit 2010 stetig ab, sie befinden sich dabei aber auf einem sehr unterschiedlichen Niveau. Eine mögliche Erklärung für diesen Trend ist die ebenfalls abnehmende Arbeitslosenquote: Denn es ist davon auszugehen, dass ein geringeres allgemeines Arbeitslosigkeitsrisiko dazu führt, dass auch das eigene Risiko, arbeitslos zu werden, als gering eingeschätzt wird. Somit deutet dieser Zusammenhang darauf hin, dass die Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland seit der Finanzkrise auch zum Rückgang der Abstiegsangst der Mittelschicht führte. So sinkt vor allem die Angst vor Arbeitslosigkeit im Zeitraum von 2010 bis 2019 kontinuierlich um 24 Prozentpunkte auf ein sehr niedriges Niveau von 30 %. Auch die Sorge um die finanzielle Situation hat sich in diesem Zeitraum re-

duziert. Allerdings ist der Rückgang um insgesamt 16 Prozentpunkte auf 56 % deutlich moderater.

Diese beobachtbaren Unterschiede im Rückgang der Sorgen sind vor allem vor dem Hintergrund interessant, dass sich bereits 2010 mehr Personen um ihre eigene finanzielle Situation sorgten als um den Verlust ihres Arbeitsplatzes. Damit lagen die finanziellen Sorgen im Jahr 2019 nicht nur deutlich über den Sorgen vor dem Jobverlust, sondern die Differenz zwischen den beiden Sorgen nahm im Zeitverlauf auch zu. Das bedeutet, dass auch in der Mittelschicht trotz (subjektiv empfundener) Arbeitsplatzsicherheit Sorgen um die mittel- und langfristige finanzielle Situation verbreitet sind und die davon Betroffenen möglicherweise in einem Job arbeiten, der ihnen keine sicheren finanziellen Perspektiven garantiert. Dies wird besonders an dem sehr hohen Anteil von knapp zwei Dritteln der Befragten (63 %) deutlich, die sich 2019 Sorgen um die eigene Altersvorsorge machten.

Es stellt sich allerdings die Frage, wie sich die Abstiegsängste zwischen den verschiedenen Gruppen im Verlauf des Jahrzehnts verändert haben. Tabelle 1² zeigt, dass die Abstiegsangst – unabhängig davon, wie sie operationalisiert wird und wann sie erfragt wurde – bei Beamten*innen und Rentner*innen und Angestellten mit komplexeren Tätigkeiten weniger ausgeprägt ist als bei Arbeiter*innen, Arbeitslosen und Angestellten mit einfachen Tätigkeiten.

Weiterhin unterscheiden sich Männer und Frauen deutlich in ihren Sorgen. So haben Männer mehr Sorge vor Jobverlust, was sich dadurch erklären lässt, dass Männer tendenziell eher in Branchen arbeiten, die stärker von ökonomischen Schwankungen betroffen sind und daher in den meisten Wirtschaftskrisen ihren Job eher verlieren als Frauen (z. B. Alon et al. 2021).³ Im Gegensatz dazu beschäftigt Frauen mehr die Sorge um die eigene finanzielle Situation in mittel- und langfristiger Perspektive und um die Altersvorsorge. Diese Sorge ist unter anderem darin begründet, dass Frauen im Schnitt längere Erwerbsunterbrechungen haben und häufiger in Teilzeit oder in einer geringfügigen Beschäftigung arbeiten und daher über ih-

2 Die abhängigen Variablen in den jeweiligen Regressionsmodellen sind Dummyvariablen, die den Wert 1 annehmen, wenn sich die Personen einige oder große Sorgen machen, und 0, wenn sie angeben, sich keine Sorgen zu machen. Personen ohne Angaben werden von der Analyse ausgeschlossen. Geschätzt wird ein logistisches Modell mit geclusterten Standardfehlern auf Personenebene, die Effekte werden als *average marginal effects* dargestellt. Es werden jeweils die Jahre 2010 bis 2012 bzw. 2017 bis 2019 gepoolt. Da die Variable „Sorge vor Altersarmut“ erst seit 2015 erhoben wird, werden in diesem Fall die Jahre 2015 bis 2016 gepoolt. Unterschiede in den Fallzahlen röhren daher, dass Befragte aus dem Geflüchteten-Sample im SOEP nicht zu ihrer Sorge um Jobverlust und ihre Altersvorsorge befragt wurden.

3 Eine große Ausnahme war hierbei allerdings die Covid-19-Krise (z. B. Alon et al. 2021; Zucco/Lott 2021).

TABELLE 1

Determinanten der Sorgen vor Jobverlust, um die eigene wirtschaftliche Situation und Altersvorsorge

Ergebnisse logistischer Regressionen

	AV: Sorge vor Jobverlust		AV: Sorge um die eigene wirtschaftliche Situation		AV: Sorge um die eigene Altersvorsorge	
	2010–2012	2017–2019	2010–2012	2017–2019	2015–2016	2017–2019
	AME	AME	AME	AME	AME	AME
Erwerbsstatus						
einfache*r Angestellte*r	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
Selbstständige*r	-0,016	-0,027	0,034	0,007	0,053*	-0,011
Beamte*r	-0,401***	-0,301***	-0,223***	-0,277***	-0,206***	-0,290***
Arbeiter*in	0,051***	0,034*	0,027	0,011	-0,001	-0,000
Rentner*in	-0,245***	-0,269***	-0,053**	-0,107***	-0,149***	-0,199***
Arbeitslos	0,264**	0,150	0,160***	0,124***	0,070*	0,009
Angestellte*r (komplexere Tätigkeit)	-0,076***	-0,073***	-0,073***	-0,102***	-0,023	-0,048***
Frau	-0,025**	-0,020*	0,043***	0,065***	0,050***	0,059***
Haushaltstyp						
Single	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
Paar ohne unterhaltsberechtigte Kinder	-0,004	0,009	0,065***	0,054***	0,054***	0,053***
Alleinerziehende*r	0,025	0,045	0,097***	0,112***	0,078*	0,098***
Paar mit Kind	-0,033*	-0,008	0,061***	0,056***	0,060***	0,053***
Sonstige	0,000	-0,010	0,100***	0,052***	0,058***	0,060***
Schulabschluss						
Hauptschulabschluss oder kein Abschluss	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
Realschulabschluss	0,012	0,006	0,008	-0,007	-0,006	-0,014
Fachhochschulreife/Abitur	-0,047***	-0,024	-0,056***	-0,049***	-0,032*	-0,029*
Hochschulabschluss	-0,002	0,010	-0,017	-0,028*	-0,025	-0,027*
Migrationshintergrund						
kein Migrationshintergrund	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
direkter Migrationshintergrund	0,065***	0,105***	0,021	0,077***	0,003	0,020
indirekter Migrationshintergrund	0,030	0,046**	0,025	0,022	-0,036	-0,024
Zeit- oder Leiharbeit	0,179***	0,228***	0,106***	0,089*	0,049	0,021
Beobachtungen	14 527	13 629	21 681	19 723	12 339	19 667

Anmerkung: Sample enthält alle Haushalte, deren Haushalteinkommen im Vorjahr zwischen 70 % und 150 % des Medianeneinkommens betragen; zusätzliche Kontrollvariablen: Alter, Stadt/Land, Miete/Eigentum; Effekte sind als *average marginal effects* dargestellt. Interpretation: <0 negativer und >0 positiver Zusammenhang zwischen erklärender Variable und der jeweiligen Sorge; Signifikanzniveau: * p < 0,05; ** p < 0,01; *** p < 0,001

Quelle: SOEP v36, eigene Berechnung

WSI Mitteilungen

ren Lebensverlauf weniger in die Rentenkassen einzahlen können. Aus diesem Grund erhalten Frauen im Schnitt eine deutlich geringere Rente als Männer und sind im Alter häufiger von Armut bedroht (Hobler et al. 2020). Diese Geschlechterunterschiede hinsichtlich der Ängste und Sorgen haben sich im Verlauf des letzten Jahrzehnts nicht geändert. Das bedeutet, dass Männer, trotz des allgemeinen Rückgangs der Abstiegsangst, häufiger kurzfristige Ängste um ihren Job haben und Frauen sich häufiger um ihre langfristige finanzielle Absicherung sorgen.

In Bezug auf die Haushaltstypen zeigen sich deutliche Unterschiede bei den langfristigen Abstiegssorgen, denn im Vergleich zu Single-Haushalten haben alle anderen Haushaltstypen signifikant mehr Sorgen um ihre mittel- und langfristige finanzielle Situation bzw. um ihre Al-

tersvorsorge. Diese Gruppenunterschiede haben sich im Verlauf des letzten Jahrzehnts nicht verändert. Die Sorge um einen potenziellen Jobverlust hingegen war zu Beginn der 2010er bei Paaren mit Kindern etwas geringer ausgeprägt als bei Singles, was wohl darauf zurückzuführen sein kann, dass diese Gruppen – falls es einen Sozialplan im Unternehmen gibt – bei Kündigungen privilegiert werden. Durch den allgemeinen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Verlauf des letzten Jahrzehnts verschwindet dieser Unterschied aber zwischen 2017 und 2019.

Interessant sind vor allem die Gruppenunterschiede hinsichtlich der Qualifikation: So wäre zu erwarten, dass vor allem bei Geringqualifizierten die Abstiegsangst auch am Ende des betrachteten Zeitraums (2019) noch deutlich zu spüren ist. Allerdings deuten die Ergebnisse darauf

hin, dass die Gruppenunterschiede zum Beispiel bei der Sorge um Jobverlust zurückgehen. So hatten Personen mit Fachhochschulreife/Abitur zwischen 2010 und 2012 eine signifikant geringere Wahrscheinlichkeit, sich Sorgen um ihren Arbeitsplatzverlust zu machen, als Geringqualifizierte. Zum Ende des Jahrzehnts sind diese Unterschiede nicht mehr signifikant, was der insgesamt entspannten Arbeitsmarktlage und der Nachfrage nach Arbeitskräften auf allen Qualifikationsniveaus am Ende dieses Jahrzehnts geschuldet sein dürfte. Unterschiede zeigen sich jedoch mit Blick auf eher langfristige Abstiegsängste: Zwischen 2017 und 2019 machten sich Akademiker*innen signifikant weniger Sorgen um ihre eigene finanzielle Situation bzw. um ihre eigene Altersvorsorge als Personen ohne Hochschulabschluss. Dieser Unterschied war zwischen 2010 und 2012 noch nicht sichtbar. Somit deuten die Ergebnisse an, dass die Qualifikation weniger mit den kurzfristigen, aber dafür stärker mit langfristigen Abstiegsängsten korreliert ist. Dies lässt sich so interpretieren, dass es zwar zunehmend gelungen ist, auch Geringqualifizierte in den Arbeitsmarkt zu integrieren, dies aber seltener als bei höher Qualifizierten mit der Perspektive einer langfristig gesicherten finanziellen Absicherung verbunden ist.

Insgesamt lässt sich also beobachten, dass die Abstiegsängste in der Mittelschicht zurückgehen. Diese positive Botschaft wird allerdings dadurch getrübt, dass anders gelagerte Segmentierungen des Arbeitsmarktes noch deutlicher werden. Insbesondere Personen mit Migrationshintergrund machen sich am Ende der 2010er Jahre signifikant mehr Sorgen um Arbeitsplatzverlust als Personen ohne Migrationshintergrund.⁴ Auch bei der Sorge um die eigene finanzielle Situation ist der Zusammenhang des (direkten) Migrationshintergrunds erst zwischen 2017 und 2019 beobachtbar. Die Tragweite des Migrationseffekts ist besonders im Regressionskontext ersichtlich, denn die jeweiligen Schätzungen kontrollieren neben der Migrationsbiografie auch auf Qualifikationsunterschiede: Während die Unterschiede in den Abstiegsängsten zwischen Gering- und Hochqualifizierten eher abnehmen, wachsen die Ängste vor allem bei Personen mit Migrationsgeschichte. Interessanterweise haben Personen, die in einem Leih- oder Zeitarbeitsverhältnis beschäftigt sind, keine größeren Sorgen vor einer unzureichenden Altersvorsorge – und dies, obwohl ihr Einkommensniveau unterdurchschnittlich niedrig ist (Seils/Emmler 2020).

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die gute ökonomische Situation in Deutschland im Verlauf des letzten Jahrzehnts dazu geführt hat, dass sich nicht nur die Einkommenssituation der Mittelschicht verbessert hat, sondern auch ihre Sorgen und Ängste zurückgegangen sind. Dies betrifft vor allem die Angst vor einem Jobverlust, die sich deutlich reduziert hat. Bemerkenswert ist auch, dass die Angst vor dem Jobverlust auch bei den Geringqualifizierten rückläufig ist. Obwohl gerade für sie Arbeitsmarkt- und Einkommensrisiken nach wie vor in

besonderer Weise vorhanden sind, unterscheiden sie sich diesbezüglich nicht mehr signifikant von Hochqualifizierten. Dass *unmittelbare* Abstiegsängste tendenziell für alle Qualifikationsgruppen in den Hintergrund getreten sind, ist unter anderem auf die gute Arbeitsmarktlage zurückzuführen (Lengfeld 2019). Etwas anders sieht es bezüglich der Sorgen um die mittel- und längerfristige finanzielle Absicherung aus. Zwar sind auch hier rückläufige Abstiegsängste zu konstatieren, gleichwohl bleiben die Ungewissheiten über die längerfristige Zukunft für mehr als die Hälfte der Mittelschicht präsent. Dies betrifft insbesondere gering qualifizierte Angehörige der Mittelschicht.

Die bis hierhin ausgewerteten Daten gelten für den Zeitraum 2010 bis 2019. Insofern ist im nächsten Schritt zu fragen, inwieweit die aktuelle Covid-19-Krise das Blatt abermals gedreht und sich auf die finanzielle Situation verschiedener Einkommensgruppen ausgewirkt hat. Angesichts der Tatsache, dass die Krise die Beschäftigten je nach Tätigkeit und familiärer Situation durchaus unterschiedlich getroffen hat, ist es für die weitere Analyse wichtig, auch Haushalte außerhalb der Mittelschicht im Blick zu haben. Hierfür nutzt der folgende Abschnitt die aktuellen Daten der HBS-Erwerbspersonenbefragung.

4 Die Folgen der Covid-19-Krise auf das Einkommen

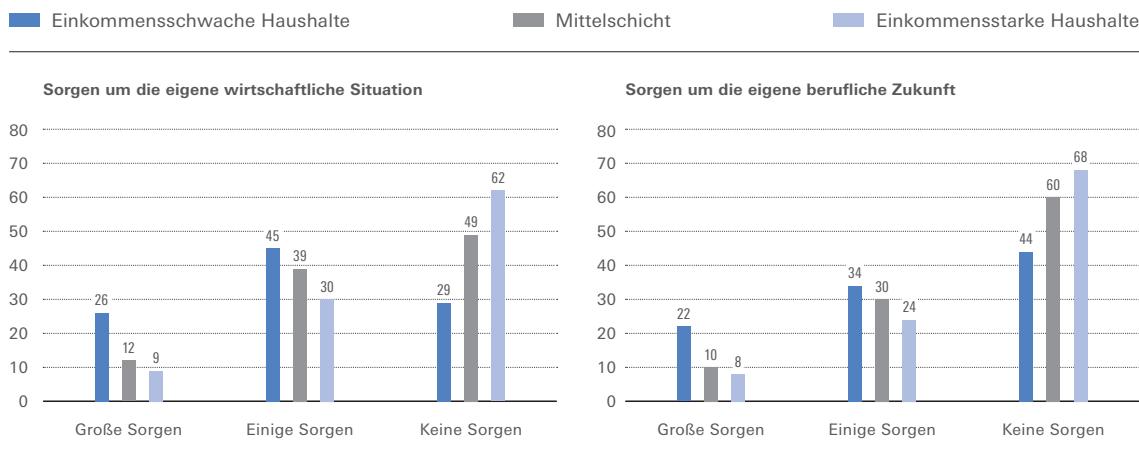
Auch wenn vor allem die unteren Einkommensgruppen stark von der Covid-19-Krise betroffen waren, mussten auch Angehörige der Mittelschichten während der Pandemie auf Einkommen verzichten. Knapp zwei Drittel aller Personen, deren Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen vor der Covid-19-Krise unter 1500 € lag, gaben im Krisenverlauf zu einem der bisherigen fünf Befragungszeitpunkte der HBS-Erwerbspersonenbefragung an, aufgrund der Covid-19-Krise Einkommenseinbußen erfahren zu haben. Unter den Befragten mit einem bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen von 1500 bis 2000 € liegt der Anteil hingegen bei 54 %. In den Einkommensgruppen über 2000 € hatte weniger als die Hälfte der Befragten Einkommenseinbußen zu verzeichnen. Dennoch lässt sich hier kein linearer Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und der Wahrscheinlichkeit, Einkommenseinbrüche erfahren zu haben, beobachten, denn ab einem Einkommen über 2000 € bleibt der Anteil relativ konstant bei durchschnittlich 46 %. Grund hierfür ist wohl, dass auch viele Selbst-

⁴ Vor dem Hintergrund, dass das Geflüchteten-Sample des SOEP nicht nach ihrer Sorge vor Jobverlust befragt wurde, ist davon auszugehen, dass der Effekt sogar tendenziell eher unterschätzt wird.

ABBILDUNG 3

Sorgen um eigene wirtschaftliche und berufliche Zukunft nach Einkommensklasse

Zustimmung in Prozent



Anmerkung: Sample schließt nur Personen aus dem Basis-Sample ein, die Angaben zu ihrem Einkommen gemacht haben. N=4269.

Einkommensschwache Haushalte: bedarfsgewichtete Nettoeinkommen <70% des Medianeinkommens;

Mittelschicht: bedarfsgewichtete Nettoeinkommen zwischen 70% und 150% des Medianeinkommens;

Einkommensstarke Haushalte: bedarfsgewichtete Nettoeinkommen >150% des Medianeinkommens.

Das Medianeinkommen liegt bei knapp 2200 €.

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung, gewichtete Werte

WSI Mitteilungen

ständige, die vermehrt in den oberen (aber auch in den unteren) Einkommensgruppen zu finden sind, von der Krise betroffen waren (Schulze Buschoff/Emmler 2021; Grabka 2021). Insbesondere die Arbeitszeit – und somit auch das Einkommen – von Selbstständigen brach im Vergleich zu abhängig Beschäftigten drastisch ein (Grabka 2021; Schulze Buschoff/Emmler 2021). Ein möglicher Grund hierfür ist, dass gerade Selbstständige durch die Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 ihre Erwerbstätigkeit zum Teil komplett einstellen mussten und – anders als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – nicht auf das Kurzarbeitergeld zurückgreifen konnten (Kohlrausch et al. 2020).

Insgesamt aber deuten die Ergebnisse darauf hin, dass es neben Selbstständigen besonders die ärmeren Haushalte sind, die die ökonomischen Folgen der Krise zu spüren bekommen. Denn gerade in den unteren Einkommensgruppen arbeiten viele Beschäftigte in einer atypischen Beschäftigungsform (Keller/Seifert 2008), die in Krisensituationen nur einen geringen Schutz vor Arbeitslosigkeit bietet. So verloren insbesondere geringfügig Beschäftigte zu Beginn der Krise ihren Job (Grabka et al. 2020; Zucco/Lott 2021). Ebenfalls zeigte sich, dass die Beschäftigung von Zeit- und Leiharbeitnehmer*innen sowie befristet Beschäftigten zu Beginn der Krise stärker einbrach als die anderer abhängig Erwerbstätiger (Hövermann/Kohlrausch 2020).

Diese ungleichen Folgen der Covid-19-Krise haben aber nicht nur unmittelbare Effekte auf das Einkommen und die Erwerbstätigkeit, es sind auch deutliche Unterschiede in den Abstiegsängsten zwischen den Einkom-

mensgruppen zu beobachten. So zeigt Abbildung 3, dass die Abstiegsängste bei einkommensschwächeren Haushalten am stärksten und bei einkommensstarken Haushalten am schwächsten ausgeprägt sind. Doch auch in der Mittelschicht sorgen sich gut die Hälfte der Befragten um die eigene finanzielle Situation und 40 % um die eigene berufliche Zukunft. Natürlich erlauben die zugrunde liegenden unterschiedlichen Datensätze keinen unmittelbaren Vergleich zwischen den Abstiegsängsten und Zukunftssorgen vor und nach der Covid-19-Krise. Ein Befund schält sich allerdings als stabil heraus: Die langfristige Sorge um die finanzielle Situation beunruhigt die Befragten mehr als eine unmittelbare Sorge um die eigene berufliche Zukunft.

5 Fazit und politische Implikationen

Die Einkommensungleichheit ist zum Ende des letzten Jahrzehnts leicht zurückgegangen. Das lag insbesondere daran, dass die Einkommen der Mittelschicht seit 2013 stetig angestiegen sind. Dieser Verteilungsbericht zeigt, dass diese Entwicklung auch einen positiven Effekt auf die Abstiegsängste der Mittelschicht hatte, denn diese haben sich im Verlauf des letzten Jahrzehnts deutlich abgemildert. Blickt man noch weiter zurück und vergleicht den heutigen Stand mit dem zu Beginn des Jahrtausends, ist der Trend insbesondere in Bezug auf die Angst vor dem

Jobverlust noch deutlicher zu sehen: Denn 2005 hatten in etwa 65 % der in Deutschland lebenden Personen Sorge vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes (Lengfeld 2019): somit mehr als doppelt so viele wie im Jahr 2019. Dieser Befund ist insbesondere angesichts der Nachwehen der Finanzkrise und der zunehmenden Globalisierung des Arbeitsmarktes im Verlauf der 2010er Jahre sehr erfreulich. Denn diese Entwicklung hätte auch zu einem internationalen Lohnunterbietungswettbewerb führen können. Tatsächlich aber sind die Einkommen der Mittelschicht gestiegen. Zeitgleich sank die Arbeitslosenquote und der Anteil an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung stieg – und dies, obwohl es 2015 zur Einführung des Mindestlohns kam. Insgesamt zeichnet der Bericht somit zumindest für die Zeit vor der Covid-19-Krise einerseits ein positives Bild: Selbst in Zeiten internationaler Unsicherheiten und zunehmender Globalisierung schließen sich sinkende Arbeitslosenzahlen, verbesserte Arbeitsbedingungen und steigende Einkommen nicht aus. Andererseits sind trotz dieser positiven Entwicklung finanzielle Sorgen und vor allem auch Sorgen um die finanzielle Absicherung im Alter auch in der Mittelschicht weit verbreitet. Sie liegen deutlich über der Angst vor einem Jobverlust. Insbesondere in Bezug auf die Altersabsicherung scheinen viele Menschen nicht mehr darauf zu vertrauen, dass die Altersvorsorge ausreichenden finanziellen Schutz gewährt. Einschränkend sollte zudem erwähnt werden, dass dieser Bericht sich auf die Lage der Mittelschicht fokussiert; an den hervorstechenden Ungleichheiten zwischen dem oberen und unteren Ende der Einkommensverteilung hat sich in diesem Zeitraum kaum etwas geändert (Kohlrausch et al. 2020).

Dennoch machte die Covid-19-Krise zwei Erkenntnisse deutlich: Erstens ist eine aktuell gute Arbeitsmarktlage kein Garant für die Zukunft. Und zweitens offenbarte die Krisensituation an vielen Stellen die Stärken, aber umgekehrt auch Lücken des deutschen Sozialversicherungssystems. Letztere betreffen im Wesentlichen all diejenigen, die als Erwerbstätige nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, also Minijober*innen und Selbstständige.

Für dieses Jahrzehnt gilt es daher, einerseits die guten Arbeitsmarktbedingungen der letzten Jahre trotz der enormen Herausforderungen der anstehenden sozial-ökologischen Transformation zu erhalten und andererseits das Sozialversicherungssystem langfristig so umzugestalten, dass im Krisenfall alle darauf zurückgreifen können. Als Handlungsbedarfe zeichnen sich ab:

(1) *Eine aktive Industriepolitik, um Arbeitsplätze langfristig zu erhalten:* Die Covid-19-Krise hat die Probleme eines global agierenden Marktes mit internationalen Lieferketten offenbart. Es ist daher davon auszugehen, dass es im Nachgang der Krise zu einer partiellen De-Globalisierung kommen könnte, während die Herausforderungen der Bekämpfung des Klimawandels gleichzeitig ansteigen werden. Somit bedarf es insbesondere für die Industriepolitik

neuer Wege, um Arbeitsplätze in diesem Sektor langfristig zu erhalten. Dazu zählt einerseits die staatliche Bereitstellung von Infrastruktur und andererseits die Industriepolitik so zu gestalten, dass die Anreize für Innovationen in den Unternehmen maximiert werden (Dullien 2021).

(2) *Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung und bessere tarifliche Absicherung:* Die Befunde dieses Verteilungsberichts zeigen deutlich, dass sich die Einkommenssituation der Mittelschicht in den letzten Jahren deutlich verbessert hat. Das ist nicht zuletzt der Erfolg betrieblicher und gewerkschaftlicher Mitbestimmung. Beschäftigte in der Mittelschicht werden deutlich häufiger nach Tarif bezahlt als Beschäftigte im Niedriglohnsektor (Schulzen/Müller 2020) und sie arbeiten häufiger in Betrieben mit Betriebs- oder Personalrat – zwei wichtige Faktoren für die positivere Entwicklung in der Mitte gegenüber dem unteren Bereich der Einkommensentwicklung. Dass Arbeitnehmer*innen in der Mittelschicht auch in weltwirtschaftlich schwierigen Zeiten solche Sicherheiten erfahren haben, hat sicher zu dem deutlichen Absinken der Abstiegsängste beigetragen. Das zeigt, wie notwendig Tarifverträge und betriebliche Mitbestimmung sind, um auch langfristig ein ausreichendes Einkommen, Arbeitsplätze und gesellschaftliche Stabilität zu sichern.

(3) *Verringerung des Niedriglohnsektors durch Anhebung des Mindestlohns und Stärkung der Tarifbindung:* Nicht minder wichtig ist es, vor allem auch Einkommen am unteren Ende der Verteilung zu sichern. Hierfür muss einerseits der Niedriglohnbereich durch eine schrittweise Anhebung des Mindestlohns auf 12 € abgebaut werden (Schulzen 2020). Andererseits gilt es, die Tarifbindung auszubauen, damit sie auch Geringverdiene wieder stärker erreicht. Deswegen sollten hierfür das Instrument der Allgemeinverbindlicherklärung erleichtert und Tariftreuevorgaben bei öffentlichen Aufträgen gestärkt werden (Kohlrausch et al. 2020).

(4) *Soziale Absicherung für Selbstständige verbessern:* Die Covid-19-Krise hat deutlich gezeigt, dass insbesondere Selbstständige schlecht gegen Arbeitslosigkeit abgesichert sind. Vor diesem Hintergrund ist es wünschenswert, die Arbeitslosenversicherung auch für Selbstständige zu öffnen. Langfristig sollten Selbstständige – wie abhängig Beschäftigte auch – obligatorisch in die Arbeitslosenversicherung einzahlen (Schulze Buschoff/Emmler 2021).

(5) *Anreize für die geringfügige Beschäftigung reduzieren und die (sozialversicherungspflichtige) Erwerbstätigkeit von Frauen fördern:* Insbesondere geringfügig Beschäftigte haben im Verlauf der Krise häufig ihren Job verloren (z.B. Grabka et al. 2020) und erhielten zudem kein Kurzarbeitergeld. In diesem Kontext sollte vor allem diskutiert werden, dass das Ehegattensplitting zusammen mit der kostenlosen Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenver-

sicherung (GKV) für Arbeitsuchende Fehlanreize setzt, in Minijobs statt in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu gehen. ■

LITERATUR

- Alon, T. / Coskun, S. / Doepeke, M. / Koll, D. / Tertilt, M.** (2021): From Mancession to Shecession: Women's Employment in Regular and Pandemic Recessions, National Bureau of Economic Research: Working Paper 28632, Cambridge MA
- DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)** (2021): Glossar: Sozio-ökonomisches Panel SOEP, https://www.diw.de/de/diw_01.c.622127.de/presse/diw_glossar.html
- Dullien, S.** (2021): Nach der Corona-Krise. Die nächste Phase der (De-)Globalisierung und die Rolle der Industriepolitik, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Policy Brief Nr.100, Januar 2021, Düsseldorf
- Emmler, H.** (2021): HBS-Erwerbspersonenbefragung, Welle V: Fragebogen und Codebuch, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI-Datenreport 05/2021, Düsseldorf
- Goebel, J. / Gornig, M. / Häußermann, H.** (2010): Polarisierung der Einkommen: die Mittelschicht verliert, in: DIW Wochenbericht 24/2010, S. 2–8, Berlin
- Grabka, M. M.** (2021): Einkommensungleichheit stagniert langfristig, sinkt aber während der Corona-Pandemie leicht, in: DIW Wochenbericht 18/2021, S. 308–316, Berlin
- Grabka, M. M. / Braband, C. / Göbler, K.** (2020): Beschäftigte in Minijobs sind VerliererInnen der coronabedingten Rezession, in: DIW Wochenbericht 45/2020, S. 841–874, Berlin
- Groh-Samberg, O. / Büchler, T. / Gerlitz, J.-Y.** (2020): Soziale Lagen in multidimensionaler Längsschnittbetrachtung, SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik: Begleitforschung zum Sechsten Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bremen
- Hobler, D. / Lott, Y. / Pfahl, S. / Schulze Buschoff, K.** (2020): Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report, Nr. 56, Februar 2020, Düsseldorf
- Hövermann, A. / Kohlrausch, B.** (2020): Soziale Ungleichheit und Einkommenseinbußen in der Corona-Krise – Befunde einer Erwerbstätigenbefragung, in: WSI-Mitteilungen (73) 6, S. 485–492, <https://www.wsi.de/de/wsi-mitteilungen-soziale-ungleichheit-und-einkommenseinbussen-in-der-corona-krise-28630.htm>
- Keller, B. / Seifert, H.** (2008): Atypische Beschäftigungsverhältnisse: Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität, in: Rehberg, K.-S. (Hrsg.): Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006, S. 4390–4405, Frankfurt a. M.
- Kohlrausch, B.** (2018): Abstiegsängste in Deutschland: Ausmaß und Ursachen in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus, Hans-Böckler-Stiftung: Working Paper Forschungsförderung Nr. 58, Düsseldorf
- Kohlrausch, B. / Zucco, A. / Hövermann, A.** (2020): Verteilungsbericht 2020: Die Einkommensungleichheit wird durch die Corona-Krise noch weiter verstärkt, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 62, November 2020, Düsseldorf
- Lengfeld, H.** (2019): Abstiegsangst in Deutschland auf historischem Tiefstand: Ergebnisse der Auswertung des Sozio-ökonomischen Panels 1991–2016, in: Lübke, C. / Delhey, J. (Hrsg.): Diagnose Angstgesellschaft? Was wir wirklich über die Gefühlslage der Menschen wissen, Bielefeld, S. 59–76
- Lengfeld, H. / Hirschle, J.** (2009): Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg. Eine Längsschnittanalyse 1984 – 2007, Hans-Böckler-Stiftung: Böckler Impuls 19/2009
- Lengfeld, H. / Ordemann, J.** (2017): Der Fall der Abstiegsangst, oder: Die Mittelschicht als sensibles Zentrum der Gesellschaft. Eine Trendanalyse 1984–2014, in: Zeitschrift für Soziologie 46 (3), S. 167–184
- Niehues, J.** (2018): Deutschlands Mittelschicht in Abstiegsangst? Eine Be trachtung aus ökonomischer Perspektive, in: Schöneck, N. M. / Ritter, S. (Hrsg.): Die Mitte als Kampfzone: Wertorientierungen und Abgrenzungspraktiken der Mittelschichten, Bielefeld, S. 53–68
- Schulten, T.** (2020): Der Niedriglohnsektor in der Corona-Krise, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 70 (39-40), S. 16–21
- Schulten, T. / Müller, T.** (2020): Kurzarbeitergeld in der Corona-Krise. Aktuelle Regelungen in Deutschland und Europa, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Policy Brief Nr. 38, April 2020, Düsseldorf
- Schulze Buschoff, K. / Emmler, H.** (2021): Selbstständige in der Corona-Krise. Ergebnisse aus der HBS-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 1 bis 5, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Policy Brief, Düsseldorf (im Erscheinen)
- Schöneck, N. M. / Mau, S. / Schupp, J.** (2011): Gefühlte Unsicherheit: Deprivationsängste und Abstiegssorgen der Bevölkerung in Deutschland, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research No. 428, Berlin
- Seils, E. / Emmler, H.** (2020): Leiharbeit im regionalen Vergleich, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Policy Brief, Januar 2020, Düsseldorf
- Statistisches Bundesamt** (2021): Arbeitslose, Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen nach Geschlecht, Wiesbaden
- Unger, B. / Bispinck, R. / Pusch, T. / Seils, E. / Spannagel, D.** (2013): Verteilungsbericht 2013. Trendwende noch nicht erreicht, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 10, November 2013, Düsseldorf
- WSI-Datenzentrum** (2021): Methodik und Datenzugang: Informationen des Samples, Stichprobenbeziehung und Ansprechpartner, Fragebögen + Codebooks zum Download, Juli 2021
- Zucco, A. / Lott, Y.** (2021): Stand der Gleichstellung: Ein Jahr mit Corona, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 64, März 2021, Düsseldorf
- Zucco, A. / Özerdogan, A.** (2021): Die Einkommenssituation und Abstiegsängste der Mittelschicht. WSI-Verteilungsbericht 2021, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI-Report, Düsseldorf (im Erscheinen)

AUTOR*INNEN

ALINE ZUCCO, Dr., ist Wissenschaftlerin im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Einkommensungleichheit, Soziale Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt, Geschlechterungleichheiten.

@aline-zucco@boeckler.de

ANIL ÖZERDOGAN, studiert an der Universität Heidelberg Economics und war von Juli bis September 2021 Praktikant im WSI der Hans-Böckler-Stiftung.

@anil.oezerdogan@icloud.com